

Privatisierungstendenzen in den deutschen Kommunen

VON GERD STUHLMANN¹

Am Anfang waren die städtischen Reinigungskräfte betroffen. Die städtischen Finanzverwalter rechneten deren Stundenlöhne gegen die Quadratmeter gereinigter Fläche und verglichen diese mit den vorliegenden Angeboten der privaten Reinigungsunternehmen. Der betriebswirtschaftliche Vergleich erbrachte das schlichte Ergebnis, dass die Privaten konkurrenzlos billiger waren: geringere Stundenlöhne und bedeutend mehr Quadratmeter Reinigungsfläche pro Stunde.

Die sich solchen Erkenntnissen anschließenden Regelungsmechanismen waren fast überall ähnlich. Stellen von ausscheidenden Reinigungskräften wurden nicht mehr besetzt, nicht mehr bediente Gebäude an private Unternehmen zur Reinigung vergeben. Im Ergebnis wird heute die Mehrzahl der städtischen Gebäude von privaten Unternehmen gereinigt.

Nicht überall war der energische Einsatz der Personalräte gegen diese Form der Privatisierung ohne Erfolg. Am Beispiel der Stadt Solingen lässt sich das verdeutlichen: Dort wurde ein sogenannter „Reinigungsbetrieb“ als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Mit Auflösung der „Gebäudegebundenheit“ der Reinigungsfrauen, einer beträchtlichen Ausweitung der zu bearbeitenden Flächen, erheblich abgesenkten Standards, der Einrichtung mobiler Reinigungsgruppen sowie Investitionen in modernes Gerät ist es dort gelungen, die materielle Privatisierung zum Nachteil der in der untersten Lohngruppe beschäftigten Frauen spürbar einzuschränken. Nachahmer hat dieses Projekt nicht gefunden. Im Gegenteil: Auf Grundlage der mit den ersten Privatisierungen gemachten Erfahrungen (und vor allem mit Blick auf die möglichen Einsparungen) stellte sich in den Kommunen in den 90er Jahren ein wahrer Privatisierungsrausch ein.

Es waren die Kommunalpolitiker selbst, die vor dem Hintergrund der maroden Haushalte ihre eigene Entscheidungs- und Regelungskompetenz in Frage gestellt haben. Wie und von wem öffentliche Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden sollen, wurde zur ordnungspolitischen Grundsatzfrage quer durch alle politischen Parteien in den Rathäusern. Die an politischer Bedeutung zunehmende, neoliberal geprägte Diskussion zu Fragen des Wettbewerbs, die aus europäischen Amtsstuben die deutsche Politik erreichte, führte zu einer merkbaren Verschärfung der Situation. Heute kann davon ausgegangen werden, dass bereits circa 50 Prozent des kommunalen Eigentums privatisiert sind.

Die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente in kommunales Verwaltungshandeln im Rahmen des sogenannten Neuen Steuerungsmodells (NSM) umfasst dubiose *Cross-Border Leasing-Geschäfte*, Reduzierung von Standards in der Aufgabenerfüllung, Schließung von kommunalen Einrichtungen im Bereich der sogenannten Freiwilligen Leistungen. Trotz dieser Bemühungen steht die Mehrzahl der Kommunen vor dem Ruin. Die weggebrochene Konjunktur, fehlende Gewerbesteuererinnahmen und eine seit Jahren anhaltende, strukturelle Massenarbeitslosigkeit mit verheerenden Folgen für die kommunalen Sozialtats führen die Kommunen immer weiter in die Krise. Ein weiterer Aspekt darf nicht unberücksichtigt bleiben: Das System der kommunalen Selbstverwaltung als ein von der Verfassung gewolltes Prinzip der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an den Entscheidungen auf der lokalen Ebene gerät zunehmend in Bedrängnis. Mit jeder Privatisierung geht ein Stück Demokratie verloren. Dies alles vollzieht sich durchaus in Kenntnis einer ganzen Reihe negativer Privatisierungsfolgen im europäischen und außereuropäischen Ausland. Massiver Stellenabbau bei den Beschäftigten der privatisierten Unternehmen geht einher mit Preissteigerungen bei den erbrachten Dienstleistungen trotz erheblich geminderter Qualität.

Das Konzept der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen und Betriebe basiert auf der Ideologie, dass sich der Staat und seine Institution Kommune auf seine – bislang nicht exakt definierten – Kernaufgaben zurückziehen solle. Jedoch dürfen und sollen öffentlich verantwortete Leistungen der Daseinsvorsorge nicht dem „Freien Spiel der Marktkräfte“ untergeordnet werden. Denn öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr als nur das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme: Zum sozialen Leben der Menschen in der Kommune zählen eine hochqualifizierte und bedarfsgerecht ausgebauten Gesundheitsversorgung ebenso wie öffentliche Kultureinrichtungen und ein politisch verantwortetes Bildungswesen ohne privilegierten Zugang. Langsam nur regt sich Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Ausverkauf der Kommunen. In Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden wehren sich gesellschaftliche Gruppen und Einzelne gegen das Verhökern kommunalen Eigentums. Es wächst die Sensibilität und die Bereitschaft, Kommunalpolitiker in die Verantwortung zu nehmen.

¹ Gerd Stuhlmann ist Bereichsleiter Gemeinden beim Bundesvorstand Berlin der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).